

Jetzt ein sozialökologisches Konjunkturpaket – Den Klimawandel ebenso konsequent bekämpfen wie die Corona-Pandemie!

Positionspapier der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft

Die Folgen der Corona-Pandemie sind noch nicht absehbar. Millionen Menschen weltweit sind bereits infiziert, zehntausende Menschen gestorben. Allein in Deutschland sind über hunderttausend Menschen betroffen, tausende Menschen haben das Virus nicht überlebt¹.

Zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus sind innerhalb kurzer Zeit rigide Maßnahmen angeordnet worden und das gesellschaftliche Miteinander im privaten wie auch beruflichen Alltag ist stark verändert. Die Wirtschaft ist in nahezu allen Bereichen zum Erliegen gekommen. Insgesamt, so die momentanen Schätzungen, wird es zu einer starken Rezession kommen. Genaue Aussagen sind momentan allerdings aufgrund der unsicheren Datenlage und der außergewöhnlichen Situation noch nicht zu treffen².

Um die Krise wirtschaftlich abzumildern hat der *Deutsche Bundestag* einen Schutzschirm von bis zu 1,8 Billionen Euro genehmigt^{3,4}. Dafür wurde sogar die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt. Auch in Bremen wurden neue Schulden aufgenommen, um größere wirtschaftliche Verwerfungen abzufedern. Dieses konsequente Handeln wird mit Sicherheit vielen Menschen das Leben retten und die wirtschaftlichen Folgen dämpfen.

Die durch die Pandemie verursachte Wirtschaftskrise hat scheinbar positive Nebeneffekte, manche meinen sogar, sie täte der Umwelt und dem Klima einen Gefallen. So zeigen Satellitenbilder der *NASA*, dass die Luftverschmutzung über China stark zurückgegangen ist. Die chinesischen Treibhausgasemissionen sanken nach einem Bericht des

¹ Johns Hopkins University 2020: Coronavirus Resource Center. Covid-19 Data Center. URL: <https://gisand-data.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6> (letzter Zugriff: 06.04.2020).

² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2020: Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie. Sondergutachten – Kurzfassung. Wiesbaden: 22.März 2020. S. 3.

³ Deutscher Bundestag 2020: Fraktionen befürworten Milliarden-Paket im Kampf gegen Corona-Pandemie. URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw13-de-corona-generalaussprache-688948> (letzter Zugriff: 02.04.2020).

⁴ Deutscher Bundestag 2020: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw13-de-corona-schuldenbremse-688956> (letzter Zugriff: 02.04.2020).

Carbon Brief im Februar um 200 Millionen Tonnen, das entspricht rund 25 % weniger als im Vorjahr⁵. Für Deutschland rechnet die *Initiative Agora Energiewende* mit einem Rückgang der Emissionen im Jahr 2020 um mindestens 50 Millionen Tonnen CO₂ gegenüber 2019⁶. So lässt uns Corona auf zynische Weise die Klimaziele für 2020 spielend erreichen, doch nur vorübergehend. Denn nicht das Virus führt zu den positiven Umwelt- und Klimaeffekten, sondern die Maßnahmen, die dagegen ergriffen werden, führen zu einer für Umwelt und Klima positiv veränderten Produktion und Lebensweise.

Das Virus zeigt uns die Grenzen unseres Systems auf, welches sich hauptsächlich an der Globalisierung des Marktes, Wirtschaftlichkeit, Gewinnmaximierung und schnellem Wachstum orientiert. Der Markt kann keine Risiken einpreisen, unsere Produktions- und Lebensweise ist in höchstem Maße verwundbar, Gesundheits- und Sozialsysteme wurden bewusst geschwächt und sind daher besonders anfällig, zukunftsfähige Investitionen sind nicht getätigt worden, stattdessen findet eine einseitige Orientierung auf spekulative Profite statt. Die Zerstörung unseres Ökosystems, der Verlust der Biodiversität und der menschengemachte Klimawandel begünstigen die Entstehung und Verbreitung von Krankheiten wie COVID-19⁷.

Noch vor wenigen Wochen bestimmte ein anderes Thema die öffentliche Diskussion: Der Klimawandel. Dieser ist mittel- und langfristig noch gefährlicher als die Corona-Pandemie. Er ist ein sich permanent selbst verstärkender Prozess. Somit ist Klimawandel keine „Krise“, die nur eine temporäre Erscheinung darstellt und nach deren Überwindung alles wieder so ist wie zuvor. Mitnichten. Er ist eine Abfolge von gefährlichen Veränderungen, die nur noch abzuschwächen, nicht aber abzuwenden sind. Der Klimawandel hat jetzt schon dramatische und vor allem irreparable Schäden an vielen Ökosystemen der Erde angerichtet. Hitzewellen, Dürren, Starkregenereignisse und Überschwemmungen, der Anstieg des Meeresspiegels und die Übersäuerung der Ozeane führen zu immensen Zerstörungen auch unserer Infrastruktur. Unsere Gesundheit wird nachhaltig gefährdet.

⁵ Carbon Brief 2020: Analysis: Coronavirus temporarily reduced China's CO₂ emissions by a quarter. URL: <https://www.carbonbrief.org/analysis-coronavirus-has-temporarily-reduced-chinas-co2-emissions-by-a-quarter> (letzter Zugriff: 02.04.2020).

⁶ Agora Energiewende 2020: Auswirkungen der Corona-Krise auf die Klimabilanz Deutschlands. Eine Abschätzung der Emissionen 2020. Berlin: 12.03.2020, S.13.

⁷ Kerlin, Kat 2020: The Link Between Virus Spillover, Wildlife Extinction and the Environment The Same Processes That Threaten Wildlife Increase Our Risk of Spillover. URL: <https://www.ucdavis.edu/coronavirus/news/link-between-virus-spillover-wildlife-extinction-and-environment> (letzter Zugriff: 21.04.2020).

Der Klimawandel wird aber diejenigen zuerst und am härtesten treffen, die am wenigsten zum menschengemachten Klimawandel beigetragen haben. Hungerkatastrophen, bewaffnete Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen und Naturkatastrophen führen zu Fluchtbewegungen, deren Ausmaß noch nicht abzusehen ist.

Wir können die Folgen nur durch drastische Reduzierung des CO₂ Ausstoßes mildern. Die bisher weltweit vereinbarten Ziele sind nicht geeignet den Prozess zu verlangsamen geschweige denn aufzuhalten. Und selbst diese Ziele werden regelmäßig verfehlt. Die zur Verfügung gestellten materiellen Ressourcen und die bisher getroffenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus. Anders als bei Corona fehlt der politische Wille zu konsequentem Handeln!

Jetzt gilt es umzudenken: Null Emissionen statt schwarzer Null. Nach der Corona-Krise wird die Wirtschaft wieder angekurbelt werden, wodurch es zu Nachholeffekten kommen wird und die momentanen guten Klimawerte schon bald wieder von schlechten Werten abgelöst werden. Schon jetzt fordern einige Politiker*innen und Lobbyist*innen aus der Wirtschaft Steuern, Gesetze und Standards zugunsten der Wirtschaft und zulasten der Umwelt und des Klimas auszusetzen, um die Konjunktur nach der Krise wieder anzukurbeln.

Doch das ist zu kurz gedacht: Fehler aus anderen Rezessionen dürfen sich diesmal nicht wiederholen! Der schon eingeleitete notwendige Strukturwandel darf jetzt nicht ausgebremst werden, sondern muss zukunftsfähig gestaltet werden. Klimaschädliche Rahmenbedingungen dürfen nicht zementiert werden. Klima- und Umweltschutz müssen priorisierte Ziele sein. Klimaschutz hat seinen Preis, keinen Klimaschutz wird einen viel höheren Preis haben.

Niemand kann die tatsächlichen Kosten eines ungebremsten Klimawandels prognostizieren. Allein die ökonomischen Kosten werden gigantisch sein. Nach Schätzungen *des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* von 2007 würde uns ein ungebremster Klimawandel bis 2050 800 Milliarden Euro kosten. Bis 2100 würden sich diese Kosten wahrscheinlich sogar fast vervierfachen: 3 Billionen Euro⁸. Die sozialen Kosten sind nicht kalkulierbar.

⁸ Kemfert, Claudia 2007: Klimawandel kostet die deutsche Volkswirtschaft Milliarden. DIW Wochenbericht Nr. 11/2007. S. 165-173.

Einen ungebremsen Klimawandel können wir uns schlicht nicht leisten, es muss jetzt umgesteuert werden.

Die Wirtschaft darf nicht auf Kosten der Umwelt und des Klimas angekurbelt werden. Geld, das jetzt investiert wird, muss in langfristige Konjunkturprogramme fließen, die den **sozialökologischen Umbau** einleiten. Hierfür ist sofort ein Investitionsprogramm, vergleichbar mit *dem Investitionssonderprogramm ISP⁹* in Bremen mindestens in Höhe von zwei Milliarden Euro über einen Zeitraum von 10 Jahren aufzulegen. Das ISP wurde nach dem Zusammenbruch der Werftindustrie vor dem Hintergrund der wirtschaftsstrukturellen Probleme Bremens mit einem Volumen von 2,3 Milliarden Euro für den Zeitraum 1994 bis 2004 aufgelegt und trug wesentlich dazu bei, dass Bremen den Strukturwandel zu einem modernen Dienstleistungs- und Industriestandort erreichen konnte. Die Zukunft erfordert ein menschen-, und umweltfreundliches sowie klimaneutrales qualitatives Wachstum, nicht quantitatives Wachstum um jeden Preis.

Die Corona-Krise und der Klimawandel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Klimawandel muss ebenso konsequent bekämpft werden wie die Pandemie. Die Corona-Krise zeigt uns, dass unsere Gesellschaft sich solidarisch verhalten kann. Sie zeigt uns, dass Krisen am besten zu bestehen sind, wenn der Rat von Expert*innen ernst genommen wird. Darüber hinaus zeigt sie, wie wichtig konsequentes staatliches Handeln ist, um Krisen und Katastrophen vorzubeugen. Um dem Klimawandel begegnen zu können, ist jetzt konsequentes Handeln notwendig.

Es braucht einen sozialökologischen Neustart: Die durch die Corona-Krise bewirkten Produktionsminderungen müssen zum klimaneutralen Umbau genutzt werden. Konjunkturprogramme müssen an entsprechende Bedingungen geknüpft werden. Weltweite Produktionsprozesse müssen mit den realen Kosten der Transportwege belegt werden, was zur unmittelbaren Stärkung regionaler Strukturen und Versorgung beiträgt. Wirtschaftskreisläufe sind auf zukunftsfähige Technologien auszurichten, Arbeitnehmer*innen entsprechend aus- und weiterzubilden. Digitale Möglichkeiten müssen ausgebaut und arbeitnehmerrechtlich abgesichert werden, so kann auf CO₂-intensive Dienstreisen auch in Zukunft verzichtet werden. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr muss ausgebaut werden, Güter müssen verstärkt auf die Schiene gebracht werden, die Bahn muss in staatlicher Hand bleiben. Klimaschädliche Subventionen müssen endlich abgeschafft werden.

⁹ Der Senator für Finanzen 2020: Sanierungsprozess bis 2004. URL: <https://www.finanzen.bremen.de/steuern/finanzamt/detail.php?gsid=bremen53.c.3365.de> (zuletzt zugegriffen am 2.04.2020).

Biodiversitätsschutz und Klimaschutz müssen zentrale Kriterien bei der Vergabe staatlicher Unterstützung sein. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss jetzt deutlich gestärkt werden, die Deckelung von Solarenergie und Wind muss sofort aufgehoben werden.

Es muss endlich ein gesetzlicher und politischer Rahmen für transformative Innovationen und eine nachhaltige Finanzstrategie geschaffen werden. In zentralen Bereichen ist auch eine staatliche Beteiligung an Unternehmen anzustreben. Nur so kann verhindert werden, dass geförderte ökologische Investitionen aus Steuergeldern finanziert, die Gewinne aber anschließend privatisiert werden.

Gleichzeitig muss auch nach der Krise wesentlich mehr Geld in die Sozial- und Gesundheitssysteme investiert werden. Die Gestaltung einer klimaneutralen Gesellschaft muss sozial flankiert werden, jahrzehntelange Fehlentwicklungen müssen jetzt korrigiert werden. Der Mindestlohn muss auf mindestens 13 Euro angehoben werden. Es braucht flächendeckende Tarifverträge. Die Bedürftigkeitsprüfung gehört auch nach der Krise abgeschafft, der Hartz-IV-Satz muss angehoben werden. Es muss integraler Bestandteil aller notwendigen Umstrukturierungen sein, dass Menschen mit geringem Einkommen für steigende Kosten, zum Beispiel durch CO₂-Bepreisung, umfassend entlastet werden durch Mobilitäts- und Energiekostenzuschüsse.

Die Kosten der Transformation müssen gerecht verteilt werden. Permanente staatliche Verschuldung bei gleichzeitig unangetastetem steigendem hohem Privatvermögen ist nicht akzeptabel. Die Kosten müssen von denjenigen getragen werden, die vom jetzigen System profitieren. Es darf nicht sein, dass die Gewinne privatisiert werden, die Kosten aber auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Hier muss dringend „umgesteuert“ werden: Der Solidaritätszuschlag muss beibehalten, die Vermögenssteuer muss endlich wieder eingeführt, und die Einkommensteuer muss reformiert werden durch höhere Freibeträge und Besteuerung von höheren und Höchsteinkommen.

Seien wir mutig und verändern unsere Gesellschaft.

Die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft fordert:

- Die Einrichtung eines sozialökologischen Zukunftsinvestitionsprogramms für das Land Bremen von mindestens zwei Milliarden für den Zeitraum 2020 – 2030.

Daraus sind Konjunktur- und Förderprogramme aufzulegen, die zum einen kurzfristige Konjunkturimpulse und zum anderen die Weichen für eine soziale und klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft stellen. Diese müssen beinhalten:

1) Für den öffentlichen Sektor

- Intensivierung der energetischen Sanierung aller öffentlichen Gebäude, Ausstattung aller geeigneten Flächen mit Photovoltaik und/oder Solarthermie, Klimaneutralität der Gebäude bis 2030,
- Umstellung des Fuhrparks des öffentlichen Sektors auf klimaneutrale Antriebe bis 2025 und klimaneutrale Umrüstung der Eigenbetriebe und Betriebe mit Landesbeteiligung bis 2030,
- Umbau zu CO₂-neutralen Häfen und des Flughafens bis 2030

2) Für den Wirtschaftssektor:

- Produktionsumstellung auf weitgehende Klimaneutralität
- Intensivierung der Forschungsprojekte zur Entwicklung klimaneutraler Produktionsprozesse
- Ausbau zur CO₂-freien Stahlproduktion
- Umstellung auf klimaneutrale Antriebe und Konzeptionen für alle Mobilitätssektoren
- Umbau zu klimaneutralen Gewerbegebieten
- Gewährung von Nachlässen für „Corona-Krisenkredite“ bei klimafreundlichen betrieblichen Umrüstungsmaßnahmen

3) Für Privathaushalte:

- Unterstützung für private energetische Sanierungsvorhaben
- Klimaneutraler Neubau ab 2025
- Mobilitäts- und Energiekostenzuschüsse für Haushalte mit geringem Einkommen

4) Für die Sektoren Mobilität/Stadtentwicklung und Infrastruktur:

- Deutliche Steigerung der Um- und Ausbaumaßnahmen für Rad- und Fußverkehr; autofreie Umgestaltung des erweiterten Innenstadtbereichs, Ausbau von Fahrrad- und E-Bike-Stellplätzen und Lademöglichkeiten
- CO₂-neutraler und steuer- bzw. umlagenfinanzierter ÖPNV bis 2030
- Ausbau insbesondere des schienengebundenen öffentlichen Nah- und Fernverkehrs

Darüber hinaus fordert die Fraktion DIE LINKE:

- Klima- und umweltschädlichen Subventionen sind sofort zu stoppen sowie Gesetze und Verordnungen auf ihre Klimaauswirkungen zu überprüfen und gegebenenfalls abzuändern
- Konzerne und Großbetriebe haben ihre Produktion klimafreundlich umzugestalten und ihre Klimabemühungen nicht allein auf Kompensationsmaßnahmen zu verlagern
- Der Umbau zu einer nachhaltigen Landwirtschaft und nachhaltigem Konsum ist zu fördern
- Der Ausbau der Wind- und Solarenergiebranche und der digitalen Infrastruktur ist zu beschleunigen
- Die Beteiligung von Bürger*innen an Energieerzeugungsanlagen und eine dezentrale Energieproduktion sind zu fördern
- Staatliche Beteiligungen an Unternehmen und Dienstleistern, die für die öffentliche Daseinsvorsorge notwendig sind, sind umzusetzen
- Verstärkte Investition in die Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmer*innen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen
- Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 13 Euro und flächendeckende Tarifverträge
- Die Kosten der notwendigen sozialökologischen Transformation sind durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, der Beibehaltung des Solidaritätszuschlags, einer veränderten Einkommensteuer mit höheren Steuersätzen für höhere und Höchsteinkommen, einer einmaligen Vermögensabgabe von Mehrfachmillionären sowie einer Steuer auf Finanztransaktionen gerecht zu verteilen.

Die **Bürgerschaftsfraktion der Bremer LINKEN** setzt sich dafür ein, die jetzt vor uns liegenden Gestaltungsprozesse sozialökologisch voran zu bringen und wird dies als Teil der Regierungskoalition und als Mitglied der Enquetekommission auch konsequent einfordern. Wir wollen kein Weiter so, sondern einen nachhaltigen, gleichberechtigten, gerechten und sozialen Wandel für die ganze Gesellschaft erreichen.

Bremen, den 20. April 2020